



# In welchem Zustand befindet sich die Parti Socialiste?

MARC LAZAR  
März 2015

- Die französische Parti Socialiste (PS) leidet unter schlechten Umfragewerten; dies gilt für die Partei ebenso wie für den Präsidenten François Hollande. Bei vielen Bürgern schlägt die Enttäuschung über die schlechte wirtschaftliche Lage in eine Vertrauenskrise gegenüber den etablierten Institutionen und Parteien um. Von dieser Stimmung profitiert vor allem der rechtspopulistische Front National.
- Hauptgrund für die schlechten Werte ist die schwierige wirtschaftliche und soziale Lage mit stagnierendem Wachstum und hoher Arbeitslosigkeit. Erst relativ spät hat François Hollande die Konturen seines wirtschaftlichen und sozialen Reformprojekts klar gemacht. Die wirtschaftsliberale Orthodoxie der angekündigten Reformpolitik steht in einem gewissen Gegensatz zu den Erwartungen der PS-Wähler und -Mitglieder.
- Innerhalb der Partei stehen sich linksliberale und traditionelle Strömungen gegenüber. Diese Auseinandersetzung könnte auf dem im Sommer 2015 anstehenden Parteitag zu harten Auseinandersetzungen führen. Denkbar ist aber auch, dass Premierminister Manuel Valls als Vertreter einer liberal inspirierten Reformpolitik gestärkt aus dieser Auseinandersetzung hervor geht.



## Inhalt Content

<b>Schwierige Konjunkturlage</b> .....	<b>3</b>
<b>Hollandes politische Ziele</b> .....	<b>4</b>
<b>Die PS ist geschwächt und gespalten</b> .....	<b>5</b>
<b>Fazit</b> .....	<b>6</b>



Die Parti Socialiste (PS) hat in den letzten Jahren in der Wählergunst eine rasante und spektakuläre Trendwende erlebt. François Hollandes Sieg bei der Präsidentschaftswahl des Jahres 2012 erschien als der krönende Höhepunkt einer positiven Dynamik. Nicht nur im Elysée-Palast (Sitz des Präsidenten der Französischen Republik), sondern auch in Matignon (Sitz des Premierministers) hielten von nun an Mitglieder der Sozialistischen Partei das Heft in der Hand. Darüber hinaus verfügte die PS über eine absolute Mehrheit in der Assemblée nationale und über eine etwas kleinere Mehrheit im Senat. Sie regierte in 21 der insgesamt 22 Regionen Kontinentalfrankreichs sowie in 56 der insgesamt 96 Départements. Außerdem stellte sie in fünfzehn Großstädten den Bürgermeister.

Knapp drei Jahre später musste die Parti Socialiste bei den Kommunal- und Europawahlen des Jahres 2014 eine vernichtende Niederlage einstecken, was zum Verlust der Mehrheit im Senat führte. Auch in der Assemblée nationale wird ihre Mehrheit immer kleiner, weil sich die Grünen und einige Sozialisten von der Parlamentsmehrheit losgesagt haben und manche Abgeordnete des eigenen Lagers der Regierung kritisch gegenüber stehen. Die PS sieht mit Furcht den im Frühling anstehenden Département-Wahlen und den am Ende des Jahres stattfindenden Regionalwahlen entgegen. Die Beliebtheitswerte des Präsidenten waren bis zum Anschlag auf »Charlie Hebdo« so niedrig wie bei keinem anderen seiner Amtsvorgänger. Es bleibt abzuwarten, ob die aufgrund des vorbildlichen Verhaltens bei den Terroranschlägen deutlich verbesserten Umfragewerte des Präsidenten und des Premierministers sich dauerhaft bestätigen werden oder nicht.

## Schwierige Konjunkturlage

Wie lässt sich ein derartig drastischer Umschwung erklären, und welche Rückschlüsse lässt er über die innere Verfasstheit der Parti Socialiste zu? Die Wirtschaftskrise bringt Frankreich ins Wanken, auch wenn die Erschütterungen weniger stark sind als die, unter denen Länder wie Griechenland, Spanien, Portugal, Irland und Italien zu leiden haben. Frankreich verzeichnete 2014 eine Wachstumsrate von 0,7 %. Für 2015 wird ein Wachstum von etwa 1 % erwartet. Die Staatsverschuldung beträgt 95,2 % des Bruttoinlandsprodukts (BIP), während sich das Haushaltsdefizit auf 4,4 % beläuft. Die Arbeitslosenquote beträgt 10,4 % der Erwerbsbevölkerung.

Die Kaufkraft ist erheblich gesunken. Die Handelsbilanz weist nach wie vor ein Defizit auf und zeugt von der gesunkenen Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen. Im Jahr 2014 erwirtschaftete Großbritannien ein höheres BIP als Frankreich, das in der internationalen Rangliste auf den sechsten Platz abrutschte.<sup>1</sup> Ungleichheiten jeder Art nehmen zu: soziale, geschlechts- und generationenspezifische und territoriale Ungleichheiten ebenso wie Ungleichheiten zwischen Franzosen und Migranten. Diese Entwicklung wirkt umso schockierender, als in Frankreich seit der Revolution – um einen berühmten Ausspruch von Alexis de Tocqueville aufzugreifen – »die Liebe zur Gleichheit« herrscht.

Immer tiefere Gräben ziehen sich durch die französische Gesellschaft. Das war auch am 11. Januar dieses Jahres zu beobachten, als fast viereinhalb Millionen Franzosen auf die Straße gingen, um ihrem Entsetzen angesichts der terroristischen Anschläge Ausdruck zu verleihen, den Opfern ihre Solidarität zu bekunden und die bürgerlichen Freiheiten zu verteidigen. Daneben gab es aber noch ein anderes Frankreich, das für den Aufruf zu diesen Kundgebungen vollkommen unzugänglich war und diese sogar verunglimpfte oder verurteilte. Von allen Völkern der westlichen Welt sind die Franzosen diejenigen, die der Globalisierung am meisten misstrauen. Pessimismus ist weit verbreitet. Schon seit einigen Jahrzehnten stellen sich die Franzosen quälende Fragen über all jene Dinge, die lange Zeit ihre Identität ausmachten: der Staat, die Nation, die Republik und die Laizität. Zwar sind all diese Dinge und Konzepte nicht einfach verschwunden – man hat sich in letzter Zeit sogar häufig auf sie berufen – sie sind aber aufgrund der Europäisierung, der Globalisierung und des Integrationsdefizits eines Teils der Migranten in der heutigen Zeit nicht mehr so konkret greifbar, wie sie es in der Vergangenheit gewesen waren.

Hinzu kommt eine tiefgreifende Veränderung der Institutionen der repräsentativen Demokratie. Zwar bleiben die Institutionen der Fünften Französischen Republik solide: Beispielsweise erlauben sie es François Hollande, trotz seiner Unbeliebtheit Staatsoberhaupt zu bleiben und bis zum Ende seiner Amtszeit zu regieren. Aber gleichzeitig ist eine besorgniserregende Vertrauenskrise

1. Gleichwohl soll nicht vergessen werden, dass Frankreich auch bedeutende Trümpfe in der Hand hält: eine vorteilhafte geographische Lage, gut ausgebildete Fachkräfte, eine hohe Produktivität, große Industriekonzerne, Spitzentechnologien, viele kluge Köpfe und Talente, eine nach wie vor effizient arbeitende Verwaltung, leistungsfähige Infrastrukturen und eine der höchsten Geburtenraten in der EU.

entstanden. Die Franzosen sind gegenüber diesen Institutionen, den politischen Parteien und den politischen Verantwortlichen kritisch eingestellt. In der Gesellschaft breitet sich eine ablehnende Haltung gegenüber allen Eliten aus Politik, Finanzwelt, Wirtschaft, Medien und Kultur aus und schlägt bisweilen sogar in Hass um. Die Euroskepsis greift schneller um sich als je zuvor. Das Parteiensystem unterliegt einem tiefgreifenden Wandel: Seit Ende der Achtzigerjahre schien sich ein unvollkommenes Zweiparteiensystem etabliert zu haben, welches aus zwei großen, dominierenden Parteien – UMP und PS – bestand und dem sich verschiedene andere Gruppierungen, die von Rechtsextremen über Zentrumspolitiker bis hin zu Umweltschützern und Linksradikalen reichten, zu widersetzen versuchten. Dagegen zeichnet sich heute ein Dreiparteiensystem ab, zu dem die UMP, die PS und der Front National gehören. Letzterer hat 2014 bei den Wahlen zum Europäischen Parlament mit fast 25 % den größten Stimmenanteil errungen und profitiert seither von einer positiven Dynamik. Darüber hinaus bemüht sich gegenwärtig ein vierter politischer Block darum, sich links von der Parti Socialiste zu etablieren, indem er vom Wahlsieg der Syriza-Partei in Griechenland zu profitieren versucht.

Die beiden großen Regierungsparteien PS und UMP sind in ihren Grundfesten zutiefst erschüttert worden. Die UMP ist aufgrund ihrer Verschuldung praktisch gelähmt. Ihre strategische Ausrichtung ist unklar. Es mangelt der Partei nicht nur an einem großen Projekt. Darüber hinaus ist sie relativ stark gespalten, was sich auch anlässlich Nicolas Sarkozys missglückter Rückkehr in die Politik zeigte. Allerdings ist die UMP dank ihres guten Ergebnisses bei den letzten Kommunalwahlen in der Lage, die Rolle der wichtigsten Oppositionspartei zu spielen, und dies trotz der starken Konkurrenz des Front National.

## Hollandes politische Ziele

Die PS befindet sich in einem noch schlechteren Zustand. François Hollande hatte die Präsidentschaftswahl 2012 knapp gewonnen. Aber nicht etwa, weil die Franzosen sein politisches Programm unterstützten, sondern weil sie Nicolas Sarkozy abstrafen wollten. Nachdem er schnell unter bürgerlich-konservativ wählenden Franzosen auf tiefe Ablehnung gestoßen war – vor allem nach der Verabschiedung des Gesetzes über die gleichgeschlechtliche Ehe («Mariage pour tous») – sorgte Hollande auch in seinem eigenen politischen Lager ziemlich rasch für

große Enttäuschung. Seine Unterstützer im linken Lager hielten sich an die zentrale Wahlkampfreden, die der damalige Präsidentschaftskandidat im Januar 2012 in Le Bourget gehalten hatte. Darin hatte Hollande erklärt, sein einziger Feind sei die Finanzwirtschaft. Zum anderen beriefen sie sich auf Hollandes vielfältige Versprechen bezüglich der Wirtschaftsentwicklung, der Schaffung von Arbeitsplätzen, der Regulierung des Finanzsystems und der Neuausrichtung der europäischen Wirtschaftspolitik. Wahrscheinlich hat die ambivalente Positionierung des Präsidentschaftskandidaten Hollande – zwischen Reformbestrebungen einerseits und den Zusicherungen, die er seinen Unterstützern im linken Lager gegeben hat, andererseits – zu seinem Wahlsieg beigetragen. In seiner Eigenschaft als Staatspräsident hat sie ihm hingegen geschadet.

Hollandes Unbeliebtheit ist auf die Stagnation der Wirtschaft, die steigende Arbeitslosigkeit, die Reduzierung der Staatsausgaben und die beträchtlichen Steuererhöhungen zurückzuführen. Relativ schnell hatten er und sein Premierminister Jean-Marc Ayrault die Regeln des Stabilitätspaktes akzeptiert (auch wenn sich Frankreich nicht zu hundert Prozent an diese Regeln hält). Zudem haben die Menschen seine Haltung als »normaler« Präsident, als der er gesehen werden möchte, nie verstanden. Und dies umso weniger, als die gegenwärtige Phase alles andere als normal ist und die Verfassung der Fünften Republik vorsieht, dass der Präsident die Institutionen durch seine Person verkörpert.

Seit Ende 2013 und Anfang 2014 bemühte sich François Hollande hinsichtlich seiner politischen Ziele für mehr Klarheit zu sorgen und seine Verantwortung als Präsident der Republik uneingeschränkt wahrzunehmen. Aus diesem Grunde wurde ein »Verantwortungs- und Solidaritätspakt« konzipiert und Manuel Valls zum Premierminister ernannt. Diese Politik beruht auf der Senkung der Arbeitskosten, Maßnahmen zugunsten der Verwaltungsvereinfachung, Bestimmungen zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, der Liberalisierung bestimmter Berufsstände sowie auf einer echten, aber bislang noch sehr maßvollen Flexibilisierung des Arbeitsmarktes. Während die Regierung bestrebt ist, dem sozialpartnerschaftlichen Dialog mehr Raum zu geben, geht es hauptsächlich darum, die Schaffung von Arbeitsplätzen zu ermöglichen. Im Einklang mit der von Matteo Renzi umgesetzten Politik besteht das Ziel außerdem darin, nicht etwa eine Paris-Rom-Achse zu entwickeln. Ziel ist vielmehr, Berlin, die Europäische Zentralbank und

die Europäische Kommission davon zu überzeugen, dass Frankreich einerseits gewillt ist, Strukturreformen durchzuführen, und im Gegenzug aber auch die Absicht hat, eine wachstumsfreundlichere Politik zu verfolgen.

Der Versuch, für Klarheit bei den politischen Zielsetzungen zu sorgen, erweist sich jedoch als schwierig zu verhandelndes Unterfangen. Dies hat mehrere Gründe. Das Projekt erschüttert das Fundament der politischen Mehrheitskultur bei den PS-Mitgliedern und, allgemeiner gesprochen, der gesamten französischen Linken. Manuel Valls, der seit vielen Jahren vehement für diese Ausrichtung plädiert, vertritt in seiner Partei eine Minderheitenposition (bei den Vorwahlen im Herbst 2011, bei denen der PS-Präsidentschaftskandidat ausserkoren werden sollte, erhielt Valls nur 5,68 % der Stimmen). Eine weitere Schwierigkeit des Unterfangens liegt darin begründet, dass die PS diesen Klärungsversuch in einer Zeit unternimmt, in der sie selbst an der Regierung ist, in Wählerumfragen schlecht abschneidet und sich mithin in einer Dringlichkeitsituation befindet. Vor diesem Hintergrund sind der Wahlsieg Syriza in Griechenland und die guten Umfragewerte von Podemos in Spanien zugleich ein Trumpf und ein Problem für die französische Regierung. Einerseits ein Trumpf, weil diese Entwicklungen erlauben, die Debatte über die Sparpolitik auf europäischer Ebene neu zu entfachen. Andererseits aber auch ein Problem, da Teile des Regierungsprogramms Alexis Tsipras den französischen Vorstellungen zuwider laufen.

## Die PS ist geschwächt und gespalten

Die gegenwärtige Phase legt die Probleme und Widersprüche der Parti Socialiste offen. Die PS ist eine geschwächte Partei. Das belegen ihre Wahlniederlagen, der Rückgang ihrer Mitgliederzahl (offiziell hat sie 150.000 Mitglieder, von denen nur etwas mehr als die Hälfte zurzeit auch Mitgliedsbeiträge entrichten, wohingegen es 2012 noch 173.486 gewesen waren), ihre schwache gesellschaftliche Verankerung – vor allem in den Arbeiterschichten, die meistens zur Enthaltung oder zur Stimmabgabe für Marine Le Pen neigen – und schließlich ihre schwächer gewordene Strahlkraft im Milieu der Kulturschaffenden und Intellektuellen. Zudem ist die Partei bei fast allen Themen tief zerstritten. Das gilt zunächst und vor allem für die Wirtschafts- und Sozialpolitik: Der linke Parteiflügel, der sich im Parlament unter der Bezeichnung der »Frondeure« versammelt hat, verurteilt

die Sparpolitik der EZB, Berlins und der Europäischen Kommission und hofft, dass Syriza Wahlsieg in Griechenland sie in die Lage versetzen wird, eine Umkehrung der Situation herbeizuführen. Auch beim Thema Europa ist die PS gespalten. Hier verläuft der Graben zwischen einer Mehrheit, die aufgrund des Zwangs und Drucks, dem sie ausgesetzt ist, die Entscheidungen der Europäischen Union akzeptiert und gleichzeitig hofft, diese von innen heraus verändern zu können. Auf der anderen Seite stehen diejenigen, die Europa immer heftiger kritisieren und sich die Argumente der Linksradiكالen zu eigen machen. Auch bezüglich der politischen Strategie herrscht Uneinigkeit: Der linke Flügel der PS spricht sich für einen Zusammenschluss der linken Parteien mit den Grünen aus. Die potentiellen Partner sind in dieser Hinsicht jedoch uneinig: die Linksfront (Front de gauche) ist hinsichtlich ihres Verhältnisses zur PS gespalten (die Parti de Gauche ist dagegen, und die kommunistische PCF will ihre von Interessen geleiteten Beziehungen zur PS aufrechterhalten). Die Grünen (Les Verts) ihrerseits, die nicht in Manuel Valls Regierung eingetreten sind, tragen zurzeit einen heftigen Streit über ihre künftige Strategie aus. Auf der anderen Seite schließt Manuel Valls ein Bündnis mit den Zentristen – für das es fast überall in Europa gute Beispiele gibt – nicht aus. Ihm fehlt dafür jedoch der Rückhalt in seiner Partei. Auch die Anhänger des zentristischen Mouvement Démocrate (MoDem) sind gegenüber einem solchen Bündnis äußerst reserviert.

Die PS vermochte einige ihrer strukturellen Probleme bis heute nicht zu lösen. Zwei dieser Probleme verdienen es, näher beleuchtet zu werden. Das erste hat mit dem Verhältnis der Partei zur Macht und den Institutionen zu tun. Alain Bergounioux und Gérard Grunberg haben diese Beziehung sehr genau analysiert.<sup>2</sup> Was ist zu tun, wenn man erst einmal in Regierungsverantwortung ist? Welche Reformen sollen in Frankreich und in Europa verfolgt werden? Muss man sich den Institutionen der Fünften Republik anpassen und damit auch die Personalisierung der Politik und die Konzentration der Macht auf das Präsidentenamt in Kauf nehmen? Zahlreiche Vertreter des linken Parteiflügels der PS lehnen genau das ab. Sie plädieren stattdessen für die Gründung einer Sechsten Französischen Republik und treten – jedenfalls mit Worten – für eine egalitäre Kultur in der Partei ein. Und welche Rolle

2. Alain Bergounioux, Gérard Grunberg, *Les Socialistes français et le pouvoir. L'ambition et le remords*, Paris, Hachette-Littératures, 2007 und Gérard Grunberg, *La Loi et les prophètes. Les socialistes français et les institutions politiques*, Paris, CNRS Editions, 2013.

hat die Partei gegenüber der Regierung zu spielen? Dieses Dilemma ist auch heute noch ungelöst. Der Vorsitzende der Parti Socialiste, Jean-Christophe Cambadélis, spricht in diesem Zusammenhang von einer »kritischen Unterstützung« und verlangt »größeres Gehör« von Seiten der Regierung. Vermutlich hofft er, den Zusammenhalt seiner Partei auf diese Weise zu bewahren.

Das zweite strukturelle Problem hat mit der Beziehung der PS zur Gesellschaft zu tun. Bei den Sozialisten handelt es sich mehrheitlich um hochqualifizierte ältere Männer, die vor allem im öffentlich Dienst tätig sind. Ein Großteil der Parteimitglieder sind (oder waren) Lokal- und Berufspolitiker. Die große Teilnehmerzahl an den Vorwahlen des Jahres 2011 hatte kaum Auswirkungen auf die Organisationsstruktur der Partei. Da die PS mit den tiefgreifenden Veränderungen in der Gesellschaft nicht mehr Schritt hält, haben sich die Arbeitermilieus und jungen Menschen fast vollständig von ihr abgewandt. Bei der im vergangenen Dezember stattgefundenen nationalen Parteiversammlung verabschiedete die PS eine »Charta der Sozialisten für menschlichen Fortschritt«. Es handelt sich dabei um einen sehr allgemein gehaltenen und relativ konsensträchtigen Text, der zwar Umweltschutzthemen viel Raum gibt, aber über heikle Themen wie die Zuwanderung und den Islam schweigt. Jean-Christophe Cambadélis hat sich zum Ziel gesetzt, die Zahl der Parteimitglieder auf 500.000 zu erhöhen. Für die nahe Zukunft hat er außerdem eine Neuordnung seiner Partei angekündigt, die seiner Ansicht nach transparenter, offener, »vernetzter« und demokratischer werden muss. In Wahrheit mangelt es der PS aber an einem großen politischen, wirtschaftlichen und sozialen Projekt. Im Gegensatz dazu erweist sie sich aber als sehr progressiv, was den kulturellen Liberalismus betrifft.

## Fazit

Innerhalb der Parti Socialiste gibt es – wie in Italien und in anderen Ländern auch – eine Konfrontation zwischen der traditionellen Linken einerseits und der dem Linkliberalismus nahestehenden Strömung der Partei andererseits. Letztere hat aus politischen und kulturellen Gründen in Frankreich allergrößte Schwierigkeiten, sich offen zu dieser als ehrenrührig empfundenen Bezeichnung zu bekennen. Die aufbegehrenden »Frondeurs«, die nur etwa vierzig der insgesamt 290 sozialistischen Abgeordneten stellen, gehen mit der Regierung sehr oft und sehr

hart ins Gericht (ihre Ablehnung der Reformgesetze des Wirtschaftsministers Macron zwang die Regierung dazu, das Gesetz mit Hilfe des Artikels 49-3 der Verfassung ohne Abstimmung der Nationalversammlung zu verabschieden), wenngleich sie sich wegen der Attentate vom Januar gezwungen sehen, ihre argumentative Kritik ein wenig zu dämpfen. Wahrscheinlich genießen sie aber unter den aktiven Parteimitgliedern eine viel größere Unterstützung als angenommen. Sie bereiten sich auf den einzigen Kampf vor, der sie wirklich interessiert: Sie wollen die Kontrolle über die PS übernehmen, deren Mitglieder im Juni zu ihrem Parteitag zusammenkommen werden. Es hat sich in der Vergangenheit gezeigt, dass man den Parteiapparat vom linken Flügel aus erobern muss, wenn man ihn unter Kontrolle bringen will. Deshalb ist im Vorfeld des Parteitages mit einem allgemeinen Linksruck in der politischen Ausrichtung der Partei zu rechnen. Auch die PS-Mehrheit, die der Parteivorsitzende Cambadélis um sich zu scharen versucht, wird dann entsprechend nach links rücken. Zumal die PS befürchtet, dass links von ihr eine neue Gruppierung entsteht, die, trotz unterschiedlicher Ausgangslage, versuchen könnte von der in Griechenland und Spanien entfesselten Dynamik zu profitieren.

Eine der Schwächen des linken Flügels der Parti Socialiste liegt in ihren Spaltungen und persönlichen Rivalitäten im Hinblick auf die Übernahme der Parteiführung. Daraus ergibt sich eine Chance für Manuel Valls. Er setzt auf die Unterstützung der öffentlichen Meinung und schreckt nicht davor zurück, seine Parteifreunde zu provozieren, um Bewegung in verkrustete Strukturen zu bringen. Gleichwohl wird sein Handlungsspielraum durch zwei Faktoren eingeschränkt: Zum einen durch die ihm feindlich gesinnten Mitglieder seiner eigenen Partei (im Gegensatz zu seinen Sympathisanten, unter denen er vor allem seit Januar großen Anklang findet) und zum anderen durch den über ihm stehenden François Hollande, der sich ganz offensichtlich auf die Präsidentschaftswahl 2017 vorbereitet und kaum darüber begeistert sein dürfte, dass sein Premierminister im Volk deutlich höhere Beliebtheitswerte erzielt als er selbst. So wird 2015 für die Parti Socialiste entweder das Jahr der Klärung ihres politischen Kurses sein – was zu schweren internen Zerreißproben führen könnte – oder aber das Jahr, in dem die Partei einen neuerlichen Prozess der Versöhnung und inhaltlichen Zusammenführung der zerstrittenen Parteiflügel einleitet – wobei sie allein das Geheimnis des Erfolges eines solchen Prozesses kennt.



## Über den Autor

**Marc Lazar** ist Historiker und Soziologe. Er ist seit 1999 Professor am Institut d'études politiques und seit 2014 Leiter des Historischen Zentrums der Universität Science Po in Paris. Er ist Autor zahlreicher Bücher und Publikationen, auch für die PS-nahe Fondation Jean-Jaurès.

## Impressum

Friedrich-Ebert-Stiftung | Internationale Politikanalyse  
Hiroshimastraße 28 | 10785 Berlin | Deutschland

Verantwortlich:  
Dr. Ernst Hillebrand, Leiter Internationale Politikanalyse

Tel.: ++49-30-269-35-7745 | Fax: ++49-30-269-35-9248  
[www.fes.de/ipa](http://www.fes.de/ipa)

Bestellungen/Kontakt hier:  
[info.ipa@fes.de](mailto:info.ipa@fes.de)

Eine gewerbliche Nutzung der von der Friedrich-Ebert-Stiftung (FES) herausgegebenen Medien ist ohne schriftliche Zustimmung durch die FES nicht gestattet.

Michael Ehrke, Carlos Iribarren

### **Pedro Sánchez und der Neuanfang der PSOE in Spanien**

(Januar 2015)

Die spanische PSOE befindet sich inmitten eines Erneuerungsprozesses. Unter neuer Führung muss die Partei Antworten auf eine Vielzahl von Problemen finden, von Massenarbeitslosigkeit und Wachstumsschwäche bis zu den Abspaltungsdrohungen Kataloniens. Die Situation wird auch dadurch erschwert, dass mit der Bewegung »Podemos« ein neuer Konkurrent auf der Linken heranzuwachsen droht. Mehr dazu lesen Sie in der Analyse von Michael Ehrke, dem Leiter des Madrider Büros der Friedrich-Ebert-Stiftung.

[library.fes.de/pdf-files/id/ipa/11190.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/11190.pdf)

Roberto Brunelli, Federica Fantozzi

### **Das Phänomen Renzi**

(Januar 2015)

Matteo Renzi ist seit knapp einem Jahr Ministerpräsident Italiens. Wie fällt die Bilanz des »Verschrotters« nach einem Jahr aus? Was sind die wesentlichen Elemente seines Politikverständnisses und in welchem Spannungsverhältnis steht dies zu den Erwartungen und Traditionen seiner eigenen Partei und des politischen Systems Italiens?

Roberto Brunelli und Federica Fantozzi, zwei führende politische Journalisten Italiens, beantworten diese Frage in dem Papier der Friedrich-Ebert-Stiftung »Das Phänomen Renzi«.

[library.fes.de/pdf-files/id/ipa/11165.pdf](http://library.fes.de/pdf-files/id/ipa/11165.pdf)

Die in dieser Publikation zum Ausdruck gebrachten Ansichten sind nicht notwendigerweise die der Friedrich-Ebert-Stiftung.